

HANDBUCH

Hans J. Gießmann
Bernhard Rinke *Hrsg.*

Handbuch Frieden

2. Auflage

 Springer VS



Handbuch Frieden

Hans J. Gießmann · Bernhard Rinke
(Hrsg.)

Handbuch Frieden

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

Unter Mitarbeit von Andreas Schädel

 Springer VS

Hrsg.
Hans J. Gießmann
Berghof Foundation
Berlin, Deutschland

Bernhard Rinke
Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung NRW
Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-23643-4 ISBN 978-3-658-23644-1 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-23644-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2011, 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Deeskalation als Gebot der Stunde

Ein Geleitwort

In seiner Neujahrsbotschaft 2017/2018 hat António Guterres, UN-Generalsekretär, erklärt: „Ich schlage Alarm – die rote Alarmstufe für unsere Welt“. Er begründete das damit, dass in diesem Jahr sich viele bewaffnete Konflikte verschärft und neue Konflikte ausgebrochen seien. Es habe schreckliche Menschenrechtsverletzungen gegeben sowie Ausbrüche von Fremdenfeindlichkeit, und im globalen Maßstab drohe der Klimawandel außer Kontrolle zu geraten. Das Schrillen der Alarmglocken wird von einem Eingeständnis begleitet. Guterres erinnerte daran, dass er ein Jahr zuvor dazu aufgerufen habe, das Jahr 2017 zu einem *Jahr des Friedens* zu machen. Was sich im Nachhinein als frommer Wunsch erwiesen hat.

Die Welt bleibt weiter aus den Fugen. Der Stellvertreter-Krieg in Syrien fordert permanent neue Opfer und wird immer unübersichtlicher und gefährlicher. Ähnlich die Lage in Libyen und in Jemen. Die Konflikte in Afrika lassen die Fluchtbewegungen anschwellen. Die Opferzahlen beim Überqueren des Mittelmeeres schnellen in die Höhe. Mitten in Europa wird seit 2014 in der Ukraine ein opferreicher Krieg geführt. Und wer redet überhaupt noch über das Schicksal der Rohingya? Die täglichen Schreckensmeldungen, auch von diversen Naturkatastrophen, lassen sich nicht adäquat beantworten. Sie überfordern uns, lösen Reflexe aus, stumpfen die Öffentlichkeit bei den Nichtbetroffenen tendenziell ab. Bei so vielen dramatischen Schauplätzen von Krisen und Konflikten wäre es notwendig, eine Prioritätenliste für das politische Reagieren anzulegen und sich gemeinsam auf diese zu verständigen.

Wer Prioritäten festlegen will, braucht dafür Kriterien. Vieles kommt dabei infrage: Zahl der Opfer und Betroffenen, die humanitäre Dimension, politische Auswirkungen, Eskalationspotenzial, Erfolgsaussichten eines Engagements zur Konfliktlösung. Legt man in Europa diese Kriterien an, landet man schnell beim Ukraine-Konflikt. Ich stelle fest: Das ist ein seit 2004 andauernder Krieg auf europäischem Boden, der bisher mehr als 10.400 Todesopfer gekostet hat. Der Konflikt zerstört nachhaltig die Lebensgrundlagen von vielen Tausend Menschen in der Ostukraine. Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ist tiefgreifend beschädigt, und aus Sicht des Westens hat Russland die *Europäische Friedensordnung* infrage gestellt. Ohne eine politische Lösung dieses Konflikts scheint eine Renormalisierung des gestörten Verhältnisses zwischen Ost und West nicht vorstellbar. Und die EU hat nicht nur eine militärische Lösung dieses Konflikts ausgeschlossen,

sondern auch Verantwortung für eine politische Lösung übernommen. Sie hat dafür den Mechanismus des sogenannten *Normandie-Formats* auf den Weg gebracht, bei dem neben Russland und der Ukraine auch Frankreich und Deutschland seit 2014 Verhandlungen führen, die bisher zu keinem Durchbruch gelangten, aber immerhin bereits im Februar 2015 mit dem *Minsker Abkommen* einen konkreten Friedensfahrplan vorlegen konnten.

Das Problem ist nur, dass in den Jahren danach kein einziger der 13 Punkte des *Minsker Abkommens* vollständig umgesetzt wurde, nicht einmal der erste Punkt, der beide Seiten zu einem Waffenstillstand verpflichtet. Das bedeutet: Der Krieg auf europäischem Boden setzt sich fort und fordert jede Woche neue Opfer. Das ist nicht nur aus humanitärer Sicht schwer erträglich, das entwertet auch das europäische Prinzip des „Frieden-Schaffens durch Verhandlungen“ und stärkt die Positionen derer, die auf eine militärische Lösung des Konflikts setzen. Die Trump-Administration hat bereits mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine begonnen.

Am meisten beunruhigen muss aber, dass sich aus dem Ukraine-Konflikt im Feld der europäischen Sicherheit ein ungesteuerter Eskalationsprozess entwickelt hat. Russland hält in den Grenzregionen zum Westen bis zu drei Divisionen bereit. Die NATO sah sich veranlasst, auf die Ängste in den baltischen Staaten und in Polen zu reagieren, und stationierte in den vier Grenzstaaten je ein Bataillon und bildete eine 5.000köpfige Schnelle Eingreiftruppe. Längst stehen wir mitten in einem Aufrüstungsprozess und Rüstungswettlauf, sichtbar an dem selbstgesteckten 2%-Ziel der NATO sowie an Putins Ankündigung vom 1. März 2018 zur Neuentwicklung von fünf Atomwaffensystemen mit besonderen Fähigkeiten. Aus Amerika mussten wir Präsident Trumps Absichten zur Entwicklung von *Mini Nukes* zur Kenntnis nehmen. Hinzu kommt das praktisch vollkommene Erliegen von Abrüstungsbestrebungen und die Infragestellung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen: Unter anderem haben wir einen Stillstand bei der konventionellen Abrüstung (KSE), Moskau kündigte das Plutonium-Abkommen und bei dem für Europa so wichtigen Bereich der Mittelstreckenwaffen werfen sich beide Seiten Verstöße gegen den INF-Vertrag vor, dessen Bestand infrage steht.

Die Eskalationsspirale dreht sich aber auch in weniger sichtbaren Bereichen. Seit dem Kriegsbeginn 2014 stellen wir einen ständigen Aufwuchs bei den Militärmanövern fest – und zwar sowohl bei der Übungsanzahl wie den Teilnehmerzahlen (Länder und Soldaten) und das auf beiden Seiten. So fand das große russische Manöver „Sapad 17“ im September 2017 viel Beachtung, das gemeinsam mit Weißrussland nahe der polnischen und litauischen Grenze durchgeführt wurde. Moskau deklarierte 12 700 Teilnehmer (ab einer Beteiligung von 13.000 müssen Beobachter der NATO eingeladen werden), der Westen zählte dagegen bis zu 80.000 beteiligte Kräfte. „Rekorde“ werden wohl auch purzeln, wenn die NATO im Oktober/November 2018 zu ihrer nächsten Großübung nach Norwegen einlädt. *Trident Juncture* soll mehr als 50.000 Soldatinnen und Soldaten aus 30 NATO- oder Verbündeten-Staaten aufbringen. Deutschland stellt allein 10.000 Kräfte sowie mehr als 100 Panzer. 2018 wird Deutschland drei Mal so viele Soldaten in solche internationale Manöver entsenden wie 2017. Das Eskalationsrad dreht sich seit 2014 verlässlich in diese Richtung. Fragt man in Moskau oder Brüssel nach einer Begründung für diesen ungebremsten

Aufwuchs, hört man auf beiden Seiten dasselbe: „Wir reagieren nur auf die anderen!“ Es fällt schwer, an dieser Stelle nicht an die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges zu denken, dieser *Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, an dessen Ausgang im Jahr 2018 in besonderer Weise erinnert wird.

Es gibt noch andere Aktivitäten, die zu diesem Eskalationsgeschehen beitragen. Jede Woche steigen russische Kampfflugzeuge im Luftraum über der Ostsee und über dem Schwarzen Meer auf, fliegen bis zu den Grenzen der NATO-Staaten und veranstalten Scheinangriffe auf Marineschiffe der NATO. Nicht selten fliegen sie ohne vorherige Ankündigung und ohne Transponder, was dazu führt, dass dann Abfangjäger der NATO-Staaten aufsteigen, um die *Gäste* zu identifizieren und zu begleiten. Es ist zwar über Verhandlungen im NATO-Russland-Rat gelungen, die Anzahl solcher Fälle zu reduzieren. Was aber eher ein Beleg dafür ist, wie wichtig die Wiederherstellung der gesamten militärischen Kooperation im NATO-Russland-Rat wäre, auf die wir immer noch warten müssen. Auf jeden Fall stellt der Ist-Zustand eine erhebliche Gefahr dar, wenn wir an mögliche Fehlreaktionen denken, die zu Kollisionen führen können. Auch hier lehrt uns ein Blick in die Geschichte, dass entsprechende *Zwischenfälle* schon mehr als einmal als Grund oder Vorwand für größere militärische Konflikte gedient haben.

Wir stellen fest: Die politischen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind heute so angespannt und schwierig wie nie zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Aus westlicher Sicht stellen die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine schwere Verstöße dar gegen die *Europäische Friedensordnung*, also gegen die Verpflichtungen aus der *Schlussakte von Helsinki* (1975) und aus der *Charta von Paris für ein Neues Europa* (1990). Diese politische Krise wird ergänzt durch einen mehrschichtigen Eskalationsprozess, den man auf folgende Kurzformel bringen kann: Immer mehr Militärausgaben, ein neuer Rüstungswettlauf, keine Chancen für Abrüstung, Infragestellung bestehender Abrüstungsabkommen, eine ständige Vermehrung und Erweiterung von Militärmanövern und im Alltag eine fortlaufende Bedrohung durch unkontrollierte Flugmanöver.

Für eine Politik, die nach Friedensperspektiven sucht, stellt das eine große Herausforderung dar. Wer diese Entwicklung aufhalten will, muss sich parallel an zwei Aufgaben machen: Bei dem anscheinend unaufhaltsamen Eskalationsprozess gilt es, endlich den Hebel umzulegen und einen Deeskalationsprozess einzuleiten. Und die bisher stagnierenden Bemühungen um eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts müssen endlich eine neue Dynamik entfalten.

Zugegeben, man braucht eine große Portion an positiver Phantasie und an Optimismus, wenn man nach Mitteln sucht, den Eskalationsprozess anzuhalten und umzudrehen. Voraussetzung ist die Einsicht, dass eine Fortsetzung der aktuellen Trends zu immer weniger Vertrauen und zu immer mehr Unsicherheit und Kriegsgefahr führt. Einer muss den Anfang wagen und zum Beispiel erklären: „Wir werden in den Jahren 2018 und 2019 nicht mehr und größere, sondern weniger und kleinere Militärmanöver durchführen, und wir tun das als einseitigen Schritt, sind aber jederzeit bereit, darüber wechselseitig verbindliche Vereinbarungen zu treffen.“ Was naiv klingt, ist in Wirklichkeit viel überzeugender, als

jeden eigenen Eskalationsschritt mit dem kindischen Argument „Der andere hat angefangen!“ zu legitimieren. Es gibt tatsächlich auf jeder der genannten Eskalationsebenen Umkehrmöglichkeiten und Alternativen. Das einzige was fehlt, ist der politische Wille dazu. Jede Friedenspolitik muss hier ansetzen.

Ähnliches gilt für die politischen Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Der jetzige Zustand ist unhaltbar: Seit dem 12. Februar 2015 gilt das *Minsker Abkommen* als verbindlicher Friedensfahrplan. Für jeden ist einsichtig, dass ohne die Umsetzung des in Punkt 1 verabredeten Waffenstillstands kein Fortschritt zu erzielen ist. Bei jedem Normandie-Treffen seit 2015 bestätigen die beiden Präsidenten Poroschenko und Putin feierlich die Gültigkeit des *Minsker Abkommens* und ihre Bereitschaft, es umzusetzen. Aber schon am nächsten Tag gehen die Schusswechsel weiter – und zwar auf beiden Seiten. Natürlich ausschließlich als Antwort auf die Verletzungen des Waffenstillstands durch die andere Seite! Das bedeutet, dass es in Wirklichkeit auf beiden Seiten an politischem Willen fehlt, über den Minsker Fahrplan den Konflikt zu beenden.

Längst wäre überfällig, dies auch in der Öffentlichkeit transparent zu machen. Etwa durch Fragen an Präsident Poroschenko nach seinem Feuereinstellungsbefehl und nach der Sanktionierung von Befehlsverweigerern, die trotzdem weiter schießen. Oder an den russischen Präsidenten, der sich selbst als Repräsentant einer globalen *Ordnungsmacht* sieht, mit der Frage, wieso sein Einfluss nicht ausreicht, bei den vollständig von Russland abhängigen Separatisten die Feuereinstellung zu erwirken. Der Vorschlag, eine UN-Blauhelmmission einzusetzen, bleibt solange ein Ablenkungsmanöver, wie sich beide Seiten nicht einmal auf ein mögliches Einsatzgebiet einigen können, geschweige denn auf eine Größenordnung, eine Ausstattung und einen Einsatzbefehl, der eine tatsächliche Durchsetzung des Waffenstillstands möglich machen würde.

Natürlich hat der Ukraine-Konflikt nicht alle Probleme ausgelöst, die wir heute haben, noch wären all diese Probleme bei einer Lösung des Ukraine-Konflikts verschwunden. Die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen hat viel früher als 2014 eingesetzt. Die wechselseitigen Vertrauensverluste spiegeln sich auch in den unvereinbaren Wahrnehmungen von politischen Realitäten auf beiden Seiten, den sogenannten *Divergent Narratives*. Wo Dialogversuche noch stattfinden, aber von tiefem Misstrauen geprägt sind, und wo spätestens bei den Fragen gemeinsamer Regelwerke und gemeinsamer Werte die Meinungen sich immer mehr auseinanderentwickeln, braucht es einen langfristigen und nachhaltigen Austauschprozess, um neues Vertrauen wieder aufzubauen. Vielleicht wird das nur möglich sein über einen mehrjährigen umfassenden Konferenzprozess zwischen Russland und dem Westen, wie er in den 70er Jahren unter dem Label *KSZE* erfolgreich erprobt wurde. Die Idee eines *Helsinki II* verdient eine ernsthafte Prüfung.

Um zum Anfang zurückzukehren: Wir leben in einer aus den Fugen geratenen Welt, die vieles infragestellt, auf das wir uns im Bezug auf unsere Sicherheit bisher verlassen haben. Der Bedarf an friedenspolitischen Anstrengungen steigt. Wir brauchen die Erfahrenen und die Kreativen, die Aktivisten in Politik und Gesellschaft und die Ideen und Vorschläge aus der Friedensbewegung. Wir können uns gar nicht leisten, auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft oder den Mut zu ungewöhnlichen

Vorschlägen jenseits des Mainstreams zu verzichten. In diesem Kontext steht die neue Ausgabe des *Handbuchs Frieden*. Es stellt eine unverzichtbare Hilfe dafür dar, sich als Friedensaktivist fit zu machen für eine Gegenwart, die uns mit ständig neuen Herausforderungen konfrontiert und in der die *Rote Alarmstufe* von António Guterres unser Leben mit schrillen Warnsignalen begleitet, und das leider zu Recht.

Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister a. D.

Vorwort

Vor genau 100 Jahren, am 11. November 1918, endeten mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs – in den Worten George F. Kennans, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (Kennan 1979: 3). Die zahlreichen seither erschienenen Statistiken verraten uns nur Ungenaues über die Zahl seiner Opfer. Mehr als neun Millionen Soldaten verloren ihr Leben auf den Schlachtfeldern und in Kriegsgefangenschaften. Kaum erfasst wurden jedoch in den meisten Bilanzen die kriegsbedingten Leiden unter der Zivilbevölkerung, verursacht etwa durch Genozid und Vertreibung, durch die Zerstörung von natürlichen und industriellen Lebensgrundlagen, durch Mangelwirtschaft, schließlich durch Hunger, Krankheiten und Epidemien, wie zum Beispiel die Spanische Grippe. Nach einer Untersuchung des *Centre Robert Schuman* belief sich die Gesamtzahl der von kriegsbedingten Folgen des Ersten Weltkriegs betroffenen Menschen auf mehr als 40 Millionen Personen – 20 Millionen Tote und etwa 21 Millionen Verletzte! Mehr als die Hälfte der Toten befanden sich unter der Zivilbevölkerung.¹

Die Hoffnung auf dauerhaften Frieden erfüllte sich nach dem Ende des Krieges bekanntlich nicht. Nur zwei Jahrzehnte später sollte mit dem Zweiten Weltkrieg noch viel weitreichenderes Unheil über die Menschheit kommen. Das Deutsche Kaiserreich für den Ersten Weltkrieg wie auch Adolf Hitlers „Drittes Reich“ für den Zweiten Weltkrieg waren für das Entstehen der beiden großen Schlachten des 20. Jahrhunderts hauptverantwortlich. Insofern erscheint rückblickend als kaum fassbares Glück, dass Deutschland nach dem von ihm selbst verursachten Massensterben, seiner verheerenden militärischen Niederlage verbunden mit Zusammenbruch und nationaler Katastrophe, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die längste Friedensperiode seiner Geschichte und als deren Teil seine nationale Vereinigung nach Jahrzehnten der Spaltung erleben durfte. Doch wird dies auch weiterhin gelten? Die Jahre der sogenannten Friedensdividende scheinen vorüber. Rüstungsquoten steigen weltweit wieder an, auch Deutschland rüstet mit signifikanten Zuwachsraten auf. Erstmals seit Eintritt in die NATO sind deutsche Soldaten und Waffen in Osteuropa

1 <http://www.centre-robert-schuman.org/userfiles/files/REPERES%20-%20Modul%201-1-%20-%20Notiz%20-%20Bilanz%20in%20Ziffern%20des%20Ersten%20Weltkrieges%20-%20DE.pdf>.

stationiert. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist im direkten Gegenüber an der Grenze zwischen Russland und der NATO insofern selbst ein bewaffneter Konflikt zwischen russischen und deutschen Soldaten zwar noch immer unfassbar, aber doch nicht mehr völlig undenkbar. War die Friedensordnung zwischen Ost und West in Europa für Jahrzehnte eine Art Vorbild für die Suche nach anderen regionalen Friedenslösungen, so erweist sie sich ausgerechnet im Erinnerungsjahr an das Ende des Ersten Weltkriegs zerbrechlich wie nie zuvor in den vergangenen drei Jahrzehnten.

Als die erste Auflage des *Handbuchs Frieden* im Jahre 2011 erschien, konnten die Herausgeber, bei aller bestehenden Unsicherheit über die künftige Weltentwicklung, noch auf die Einschätzung des im Jahre 2005 erschienenen Berichts zur Menschlichen Sicherheit (Human Security Report) verweisen, dass die Welt im Vergleich zu früheren Jahrzehnten insgesamt „friedlicher“ geworden sei. Allerdings, schon zum Zeitpunkt der damaligen Veröffentlichung war die Fortsetzung dieses positiven Trends nicht mehr eindeutig zu erkennen. Heute, nur wenige Jahre später, bleibt als ernüchternde Feststellung, dass sich der Trend nachweislich nicht nur in vielfacher Hinsicht umgekehrt hat, sondern dass die beobachtbare Ausbreitung von Gewalthandlungen auch neue qualitative Merkmale hervorgebracht hat.

Allein seit 2010, so hob der im Herbst 2017 unter dem Titel „Pathways to Peace“ veröffentlichte gemeinsame Bericht von Weltbank und Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hervor, habe sich die Anzahl von Gewaltkonflikten weltweit praktisch verdreifacht! Mehr Länder als je zuvor in den zurückliegenden drei Jahrzehnten durchlebten in dieser Zeit die Erfahrungen bewaffneter Gewalt. Viele dieser Konflikte breiteten sich erwartungsgemäß in weniger entwickelten Ländern mit schwachen Institutionen aus, jedoch einige der gerade tödlichsten von ihnen wurden und werden bis heute in Ländern mit mittlerem Einkommen und vergleichsweise starken Institutionen ausgetragen. Dabei fällt ins Gewicht, dass Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit, organisierte Kriminalität, Jugendarbeitslosigkeit, Verslumung von großstädtischen Ballungsräumen, Armutsmigration, Erfahrungen sozialer Deprivation, aber auch Versuche seitens schwacher, korrupter oder autokratischer Regierungen, Krisenbündel in den Griff zu bekommen, zunehmend als Quellen für die Ausbreitung bewaffneter Gewalt in Erscheinung treten. Gleichzeitig regionalisieren und internationalisieren sich einst örtlich begrenzte bewaffnete Auseinandersetzungen, auch weil dritte Staaten zur Unterstützung der einen oder anderen Partei in nationale und lokale Konflikte eingreifen (World Bank / UNDP 2018: 1).

Dass Begriff, Konzept und Praxis des Friedens – der eigentliche Gegenstand dieses Handbuchs – weitaus komplexer sind als lediglich die Abwesenheit von Krieg, ist als universelle Norm heute kaum mehr umstritten. In den 2017 veröffentlichten Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wurde betont, dass der Frieden lediglich „mit der Abwesenheit organisierter, physischer Gewaltanwendung“ beginnt. Er könne, so heißt es im Text weiter, „jedoch nur nachhaltig sein, wenn weitere Elemente wie politische und soziale Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte hinzukommen. Nachhaltiger Frieden ist überall dort gegeben, wo Menschen unabhängig von ihrer Herkunft

und ihren Lebensumständen in ihren unveräußerlichen Rechten geachtet werden und die Freiheit haben, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten“ (Leitlinien der Bunderegierung: 45).

Begriff und Konzept vom Frieden haben sich über die Zeiten entwickelt und sind insofern auch Ausdruck zivilisatorischer Entwicklung im Spannungsfeld sozialer Konflikte und Dynamiken. Dabei ist der normative Anspruch, gewissermaßen das Recht auf Frieden als Ausdruck menschlicher Würde, der Gleichberechtigung der Geschlechter, Rassen und Völker und als Sinnbild für das gewaltfreie Neben- und Miteinander von Kulturen und Religionen, in historischer Betrachtung noch jung. In der Einführung zur Erstauflage des Handbuchs Frieden erinnerten wir an Honoré Gabriel de Mirabeau (1749-1791), der am 25. August 1790 in der Französischen Nationalversammlung die mutige Vision eines „Völkerfriedens“ formulierte, nur wenige Jahre später wurde dieses Ziel durch den deutschen Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) aufgegriffen und als Etappenpfad zum „ewigen Frieden“ konzipiert, dessen Aufgabe „nach und nach aufgelöst, ihrem Ziel (...) beständig näher kommt“ (Kant [1795] 1984: 56). Die Entwicklung lässt seither allerdings keinen Zweifel daran, dass dieser Gang weniger „beständig“ ist, als seinerzeit erhofft wurde.

Wie eingangs bereits festgestellt, wurde vor allem im Verlauf des 20. Jahrhunderts die Vision eines „Weltfriedens“ auf harte Proben gestellt. Das millionenfache Sterben in den großen Kriegen stellte das Festhalten am jahrhundertealten Recht auf Krieg (*ius ad bellum*) erstmals nachdrücklich in Frage, nachdem entsprechende Versuche in der Zwischenkriegszeit (Völkerbund und Briand-Kellogg-Pakt) den Ausbruch eines neuen Weltkrieges nicht zu verhindern vermochten. Die Schreckensvorstellung eines dritten, möglicherweise mit Atomwaffen geführten, Weltkrieges trug gewiss dazu bei, die Risikobereitschaft zu größeren Waffengängen, vor allem zwischen den kernwaffenbesitzenden Staaten zu bändigen. In den Jahren des Kalten Krieges zwischen Ost und West wurden bewaffnete Auseinandersetzungen als Stellvertreterkriege auf Gefechtsfeldern in der sogenannten „Dritten Welt“ ausgetragen, ohne dabei die Lehre zu entkräften, dass durch die Kriege der Neuzeit vor allem die zivile Bevölkerung zunehmend in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die noch unter dem tiefen Eindruck der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, in gewisser Weise das Vermächtnis aus den Einsichten in das Erfordernis der Kriegsverhütung, hat den Kalten Krieg überdauert. Normativ ist die Charta der Vereinten Nationen, entgegen der vielfachen Kritik an ihren institutionellen Defiziten und politischen Schwächen, weiterhin auf der Höhe der Zeit. Keines der bekannten globalen Probleme und auch nicht ihre tieferliegenden Konfliktursachen lassen sich mittels militärischer Gewalt überwinden. In den politischen Deklamationen der Vereinten Nationen wie in den Sonntagsreden nahezu aller Staatenlenker findet sich die Anerkennung dieses Grundsatzes. Zwischen deklaratorischem Bekenntnis und praktizierter Politik klafft allerdings eine Lücke, sodass die Vereinten Nationen angesichts des nationalen Egoismus vieler ihrer Mitgliedstaaten den in sie gesteckten Erwartungen nur sporadisch nachkommen können. Die Charta, und ihren Wesenskern, das Gewaltverbot und die Achtung der Menschenrechte, allein deshalb als überholt zu erachten, wie neuerdings verbreitet üblich, ist jedoch nicht nur verfehlt, sondern bedroht, was in langem Ringen der Völker auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden erreicht worden ist.

Dennoch muss die Frage ertragen werden, ob die Ordnung, wie sie aus den Trümmern der Weltkriege des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist, weiterhin geeignet bleibt, einen verlässlichen politischen und rechtlichen Rahmen für die Erlangung von Frieden in der Welt zu gewährleisten. Die Zunahme der Gewaltkonflikte in jüngerer Zeit ist ein bedenkliches Indiz, gründeten doch die Hoffnungen auf dauerhaften Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf die Durchsetzbarkeit der Charta, gestützt auf die Verbreitung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit. Erstmals, so schien es, bot sich ein Rahmen für friedliche Zusammenarbeit zur Förderung von Entwicklung, Wohlstand und Sicherheit. Welch ein Trugschluss!

Zwar öffnete das Ende des Kalten Krieges die Schleusen für einen neuen Schub von Globalisierung, die mangelnde Kontrolle vor allem der hieraus entfesselten brachialen wirtschaftlichen Kräfte bewirkte jedoch in vielen Ländern rapide zunehmende soziale Verwerfungen, einhergehend mit Erscheinungen der Desintegration, zunehmender Fremdenfeindlichkeit, klaffenden Gegensätzen zwischen Arm und Reich sowie nicht zuletzt politischer Korruption. Retardierende Bewegungen, strukturkonservativ oder rebellierend, konnten dort Fuß fassen, wo staatliche Strukturen sich als dysfunktional oder in der öffentlichen Wahrnehmung als illegitim darstellten. Die größten Bedrohungen des Friedens der neueren Zeit erweisen sich nicht als Konflikt zwischen Staaten oder gar als Kampf zwischen unterschiedlichen Kulturen (Samuel P. Huntington), sondern als sozialer und politischer Reflex auf staatliches und gesellschaftliches Versagen. Nicht weniger als die Tragfähigkeit der bestehenden Institutionen und Ansätze zur gewaltfreien Lösung der Entwicklungsprobleme der Zivilisation steht zur Disposition. Ihre mangelnde Fähigkeit, Gewaltkonflikte zu verhindern oder zu beenden, stellt im Verbund mit der Ausbreitung alter und neuer Formen der Gewalt, den Bestand von Frieden ohne Anpassung der Institutionen und Ansätze an die geänderten Herausforderungen in Frage.

Die „dramatische Ausbreitung“ von Gewaltkonflikten, so UN-Generalsekretär Antonio Guterres und Weltbankpräsident Kim, hat „in den wenigen vergangenen Jahren immenses menschliches Leid verursacht und hat enorme globale Auswirkung. Gewaltkonflikte wurden komplexer und langwieriger, beziehen mehr nichtstaatliche Gruppen, regionale und internationale Akteure ein. Und sie sind zunehmend mit globalen Herausforderungen verknüpft, so etwa den Klimawandel, Naturkatastrophen, Netzsicherheit und transnationale organisierte Kriminalität. Geschätzt mehr als die Hälfte der in Armut lebenden Menschen weltweit werden im Jahre 2030 in Ländern zu finden sein, die von Gewalt betroffen sind. Dies steht im völligen Gegensatz zum Versprechen der Agenda 2030 (zu den nachhaltigen Entwicklungszielen – d.Verf.), Niemanden zurückzulassen“ (Pathways to Peace 2017: V).

Wege zum Frieden zu identifizieren und gangbare Wege dahin konsequent zu beschreiten, steht auf der unmittelbaren Tagesordnung, soll weiteres Abgleiten der Zivilisation in eine ungewisse Zukunft vermieden werden. Hierzu bedarf es vorausschauender politischer Entscheidungen und kluger wissenschaftlicher Analyse und Beratung.

Die vorgelegte zweite, neubearbeitete und um neue Beiträge erweiterte, Auflage des *Handbuch Frieden* soll im Bewusstsein seiner Möglichkeiten und Grenzen einen kleinen Beitrag dazu leisten. Es knüpft dabei bewusst an die erste Ausgabe aus dem Jahre 2011 an,

enthält neben zahlreichen völlig neuen Texten auch einige Beiträge, die mehr oder weniger tiefgehend überarbeitet und aktualisiert wurden, sowie vereinzelte Artikel, deren Inhalt aus Sicht der Herausgeber in Abstimmung mit den Autor*innen einen Wiederabdruck in praktisch unveränderter Form rechtfertigen. Dabei handelt es sich um die Beiträge von Sabine Jaberg (Frieden als Zivilisierungsprojekt), Nadine Bilke (Frieden und Journalismus), Cilja Harders und Sarah Clasen (Frieden und Gender) sowie Dieter Senghaas (Frieden und Klassische Musik).

Die Befunde der insgesamt 66 Autorinnen und Autoren vor allem aus Deutschland, Österreich und der Schweiz tragen aus unterschiedlicher disziplinärer Perspektive und oftmals angereichert durch friedenspraktische Erfahrungen zu einem ebenso umfassenden wie differenzierten und zugleich facettenreichen Eindruck über die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Friedensforschung und Friedenspolitik bei.

Das Handbuch soll Lehrende und Forschende an einschlägigen universitären und außeruniversitären Instituten und Einrichtungen ebenso ansprechen wie Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrende in der schulischen und akademischen Ausbildung sowie in der Erwachsenenbildung. Wissenschaftliche Analyse, publizistische Erörterung und politische Beratung sollen aber auch Brücken zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen „Communities“ bilden und zur Diskussion unter politischen Mandatsträgern, Soldatinnen und Soldaten, Akteuren der praktischen Friedensarbeit im In- und Ausland, kirchlichen Kreisen und in den Medien beitragen. Neben Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern kommen auch Vertreter und Vertreterinnen weiterer Disziplinen (Geographie, Geschichte, Jura, Naturwissenschaft, Sportwissenschaft, Theologie sowie Kunst-, Kultur- und Literaturwissenschaften und selbstverständlich der Friedensforschung) zu Wort. So enthält es neben wissenschaftlichen Texten auch fundierte Befunde aus der friedenspraktischen und politischen Arbeit. Einige in der Schreibtradition des Essays verfasste Erfahrungsberichte aus der Sicht politischer Entscheidungsfindung und friedenswissenschaftlicher politischer Beratung runden das Spektrum der vielfältigen Perspektiven zu unserem Thema ab.

Aufbau des Handbuchs und Hinweise zu seiner Nutzung

Bewusst wurde bei der Konzipierung des Handbuchs darauf verzichtet, von bestimmten theoriebezogenen oder praktischen Ansätzen auszugehen, um im Sinne eines möglichst breit angelegten, multiperspektivischen Zugangs die Vielfalt der möglichen Sichtweisen und die Vielschichtigkeit der Friedensproblematik deutlich zu machen. Sofern dies der Erörterung dienlich war, sollten sowohl *friedensfördernde* als auch *friedensgefährdende* Aspekte im jeweiligen Zusammenhang dargelegt und diskutiert werden.

Der thematischen Gliederung des Handbuchs ist ein Überblicksartikel zum Thema „Krieg und Frieden“ vorangestellt. Als Ganzes folgt die Anordnung der Stichwörter keinem alphabetischen System. Vielmehr sind die Beiträge in drei inhaltlichen Themengruppen kategorisiert:

1 Der Friedensbegriff in historischer, politischer und wissenschaftlicher Perspektive

Im Mittelpunkt der Beiträge in diesem Teil des Handbuchs stehen die etymologischen Quellen des Friedensbegriffs, seine historische Entwicklung, die wissenschaftlichen Bemühungen und Debatten um eine konzise Fassung des Friedensbegriffes sowie die theoriegeleitete Systematisierung friedensgefährdender und friedensfördernder gesellschaftlich-politischer Handlungspraktiken:

- Friedens- und Konfliktforschung
- Frieden in den Theorien der Internationalen Beziehungen
- Frieden als Zivilisierungsprojekt
- Interventionen für den Frieden

2 Begriffsfeld Frieden

In den Beiträgen in diesem zweiten Teil des Handbuchs werden unterschiedliche Seiten und inhaltliche Dimensionen des Begriffsfeldes Frieden behandelt:

- Gerechter Frieden
- Friedensbewegung
- Friedenspädagogik
- Friedensethik
- Friedensfähigkeit des Menschen
- Friedensmacht
- Friedensmediation
- Europäische Friedensordnung
- Friedensverhandlungen und Friedensverträge
- Frieden stiften
- Friedensstörer

3 Friedenskontexte

Im dritten und abschließenden Teil des Handbuchs werden schließlich wichtige Zusammenhänge beleuchtet, in denen Frieden *konzeptuell*, *praxeologisch* und *praktisch* eine tragende Rolle bereits besitzt oder erlangen kann:

- Frieden und Abschreckung
- Frieden und Bildende Kunst
- Frieden und Demokratie
- Frieden und Demokratisierung
- Frieden und De-Radikalisierung

- Frieden und Dialog
- Frieden und Diplomatie
- Frieden und Entwicklung
- Frieden und Gender
- Frieden und Globalisierung
- Friedensgebot und Grundgesetz
- Frieden und Humanitäre Hilfe
- Frieden im Inneren
- Frieden und internationale Institutionen
- Frieden und Journalismus
- Frieden und Konflikttransformation
- Frieden und Konversion
- Frieden und Krisenprävention
- Frieden und Literatur
- Frieden und Menschenrechte
- Frieden und Migration
- Frieden und Militär
- Frieden und klassische Musik
- Naturwissenschaftliche Friedensforschung
- Frieden und Neutralität
- Frieden und Pazifismus
- Friedensforschung und Politikberatung – Ein Erfahrungsbericht
- Frieden und Religion
- Frieden und Ressourcen
- Frieden und Rüstungskontrolle /Abrüstung
- Frieden und Schutzverantwortung
- Frieden und Sicherheit
- Sozialer Frieden
- Frieden und Sport
- Frieden und Sportpolitik
- Frieden und Tourismus
- Frieden und Transformation
- Frieden und Transitional Justice
- Frieden und Vereinte Nationen
- Frieden und Völkerrecht
- Frieden und Wirtschaft
- Frieden und Zivilgesellschaft

Auch wenn sich die Herausgeber mit dieser Kategorisierung wie bereits in der ersten Ausgabe des Handbuchs bemüht haben, den verschiedenen Facetten, Dimensionen und Kontexten des Friedensbegriffes bzw. des Friedens selbst gerecht zu werden, liegen Überschneidungen dieser Kategorien in der Natur der Sache. Sie sind jedoch zugleich hilfreich,

weil sie bei aller Vielfalt auch die Kohärenz des Friedensbegriffs sichtbar machen und Verknüpfungen aufzeigen. Deshalb haben wir auch in der neuen Ausgabe des Handbuch Frieden jedem Beitrag Querverweise auf andere Stichwörter im Handbuch vorangestellt. Diese Querverweise dienen einem erweiterten Verständnis des jeweiligen Beitrags sowie der Vertiefung der behandelten Thematik.

Zur besseren Orientierung und Konturierung ist jedem Beitrag darüber hinaus eine Gliederung vorangestellt. Die jeweils verwendete Literatur findet sich in alphabetischer Anordnung am Schluss der einzelnen Beiträge, ergänzt um weiterführende Literaturhinweise sowie Empfehlungen für informative Internetquellen. Das Handbuch schließt mit einem Abkürzungs- und Autorenverzeichnis.

Wir wollen diese Einführung nicht beschließen, ohne drei verdienten Autoren der Erstauflage zu gedenken, die zwischenzeitlich verstorben sind: Andreas Buro (1928 - 2016), Karlheinz Koppe (1929 - 2014) und Reinhard Mutz (1938 - 2017).

Schließlich bedanken wir uns bei Dr. Andreas Schädel und Astrid Fischer für die editorische Unterstützung sowie bei Dr. Jan Treibel, Cheflektor Politik von Springer VS für die gute Zusammenarbeit. Vor allem aber schulden wir Dank unseren vielen Autorinnen und Autoren, ohne deren Engagement und Termintreue dieses Projekt nicht gelungen wäre.

Berlin/Osnabrück, im Sommer 2018
Hans J. Gießmann und Bernhard Rinke

Literatur

- World Bank/UNDP (2018): Pathways to Peace: Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict. <http://www.worldbank.org/en/topic/fragilityconflictviolence/publication/pathways-for-peace-inclusive-approaches-to-preventing-violent-conflict> (Zugriff: 31.07.2018).
- Kant, Immanuel ([1795] 1984): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Stuttgart: Reclam.
- Kennan, George F. (1979): The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875–1890. Princeton: Princeton University Press.
- Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/krisenpraevention/-/217444> (Zugriff: 31.07.2018).

Inhalt

Geleitwort von <i>Gernot Erler</i> : Deeskalation als Gebot der Stunde	V
Vorwort	XI
Inhalt	XIX
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	XXV

Krieg und Frieden	1
<i>Reinhard Meyers</i>	

1 Der Friedensbegriff in wissenschaftlicher und politischer Perspektive

Friedens- und Konfliktforschung	45
<i>Andreas Schädel</i>	

Frieden in den Theorien der Internationalen Beziehungen	65
<i>Martin Kahl und Bernhard Rinke</i>	

Frieden als Zivilisierungsprojekt	83
<i>Sabine Jaberg</i>	

Interventionen für den Frieden	99
<i>Winfried Nachtwei</i>	

2 Begriffsfeld Frieden

Gerechter Friede	113
<i>Jean-Daniel Strub</i>	

Friedensbewegung	123
<i>Ute Finckh-Krämer</i>	
Friedenspädagogik	133
<i>Uli Jäger</i>	
Friedensethik	147
<i>Bernhard Koch</i>	
Friedensfähigkeit des Menschen	163
<i>Hajo Schmidt</i>	
Friedensmacht	177
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	
Friedensmediation	185
<i>Nico Schernbeck und Luxshi Vimalarajah</i>	
Europäische Friedensordnung	203
<i>Ursula Schröder</i>	
Friedensverhandlungen und Friedensverträge	211
<i>Hans J. Gießmann und Paul Schäfer</i>	
Frieden stiften	227
<i>Jörg Calließ</i>	
Friedensstörer	251
<i>Kristina Eichhorst</i>	
3 Friedenskontexte	
Frieden und Abschreckung	265
<i>Wolfgang Schwarz</i>	
Frieden und Bildende Kunst	279
<i>Thomas Fusenig</i>	
Frieden und Demokratie	301
<i>Lothar Brock</i>	

Frieden und Demokratisierung	311
<i>Julia Strasheim</i>	
Frieden und Deradikalisierung	319
<i>Uwe E. Kemmesies und Karoline Weber</i>	
Frieden und Dialog	331
<i>Norbert Ropers</i>	
Frieden und Diplomatie	343
<i>Hans-Dieter Heumann</i>	
Frieden und Entwicklung	355
<i>Jörn Grävingholt</i>	
Frieden und Gender	363
<i>Cilja Harders und Sarah Clasen</i>	
Frieden und Globalisierung	377
<i>Gerald Schneider</i>	
Friedensgebot und Grundgesetz	389
<i>Martina Haedrich</i>	
Frieden und Humanitäre Hilfe	405
<i>Conrad Schetter</i>	
Frieden im Inneren	415
<i>Bernhard Frevel</i>	
Frieden und internationale Institutionen	427
<i>Tanja Brühl</i>	
Frieden und Journalismus	437
<i>Nadine Bilke</i>	
Frieden und Konflikttransformation	449
<i>Beatrix Austin und Hans J. Gießmann</i>	
Frieden und Konversion	461
<i>Marc von Boemcken</i>	

Frieden und Krisenprävention	471
<i>Laurent Goetschel</i>	
Frieden und Literatur	483
<i>Werner Wintersteiner</i>	
Frieden und Menschenrechte	499
<i>Wolfgang S. Heinz</i>	
Frieden und Migration	509
<i>Heidrun Bohnet und Markus Rudolf</i>	
Frieden und Militär	521
<i>Jörn Thiessen</i>	
Frieden und klassische Musik	535
<i>Dieter Senghaas</i>	
Naturwissenschaftliche Friedensforschung	547
<i>Gerald Kirchner</i>	
Frieden und Neutralität	557
<i>Heinz Gärnter</i>	
Frieden und Pazifismus	571
<i>Marco Hofheinz und Wolfgang Lienemann</i>	
Friedensforschung und Politikberatung – Ein Erfahrungsbericht	581
<i>Hans-Joachim Schmidt</i>	
Frieden und Religion	591
<i>Markus Weingardt</i>	
Frieden und Ressourcen	609
<i>Cord Jakobeit und Hannes Meißner</i>	
Frieden und Rüstungskontrolle/Abrüstung	623
<i>Götz Neuneck</i>	
Frieden und Schutzverantwortung	641
<i>Dan Krause und Michael Staack</i>	

Frieden und Sicherheit	655
<i>Hans J. Gießmann</i>	
Sozialer Frieden	675
<i>Michael Brie</i>	
Frieden und Sport	685
<i>Claus Tiedemann</i>	
Frieden und Sportpolitik	697
<i>Sven Güldenpfennig</i>	
Frieden und Tourismus	709
<i>Werner Wintersteiner</i>	
Frieden und Transformation	719
<i>Regina Heller</i>	
Frieden und Transitional Justice	731
<i>Mariam Salehi und Timothy Williams</i>	
Frieden und Vereinte Nationen	741
<i>Sven Bernhard Gareis</i>	
Frieden und Völkerrecht	753
<i>Hans-Joachim Heintze</i>	
Frieden und Wirtschaft	773
<i>Michael Brzoska</i>	
Frieden und Zivilgesellschaft	789
<i>Thania Paffenholz</i>	